

# RASSISMUS PER GESETZ

Dresdner Tatorte im Nationalsozialismus



© NS-Boykott gegen jüdische Geschäfte (1933), Autor/Lizenz: Bundesarchiv, Bild 102-14468 / Georg Pahl

**2025**  
**MAHNGANG**  
Täter\*innenspuren

## Worum geht es?

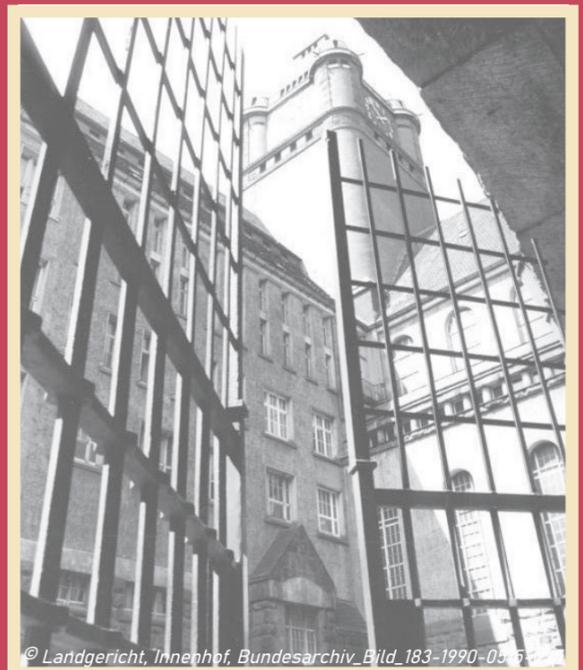
Die Rassengesetze von 1935 waren die juristische Rechtfertigung für den rassistischen Massenmord. Grundlage für dieses Gesetz war ein Beschluss auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP. Die Delegierten stimmten zu 100% zu, darunter auch 3000 Delegierte aus Sachsen.

Auch Dresdner waren auf dem Parteitag dabei und alle haben zugestimmt. Wie sich der gesetzlich vorgeschriebene Rassismus in den Institutionen und im Alltag von Dresden zeigte, davon gibt der Mahngang 2025 einen Einblick.

Wie wichtig demokratische Strukturen sind, wird an der Entstehung dieses Gesetzes deutlich. Eine Partei entmachtete die Parlamente und bestimmte mit ihren nationalistischen, rassistischen und völkischen Wahnvorstellungen, wer minderwertig ist. Die als minderwertig definierten Menschen wurden gedemütigt, zur Zwangsarbeit gezwungen und ermordet. Diese schreckliche Lehre ist uns Mahnung und fordert zur Übernahme von Verantwortung auf, dass so etwas nie wieder geschehen darf.

Die geschichtlichen Hintergründe wurden von Studierenden der TU Dresden unter der Verantwortung von Dr. Johannes Schütz und Volker Strähle, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Münchner Platz erarbeitet.

**16.02.2025**  
**AB 14 UHR**  
**LINGNERPLATZ 1**  
**D R E S D E N**



© Landgericht, Innenhof, Bundesarchiv, Bild 183-1990-05, 5

**Anerkennungspreis** des Sächsischen  
Förderpreises **für Demokratie** 2024